

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
1. Vorbemerkungen	1
1.1 Zur Einführung	1
1.2 Historisches und Begriffliches zur Arbeitskräfteüberlassung	3
1.2.1 Die Entwicklung in Österreich	3
1.2.2 Die Entwicklung in der Europäischen Union	7
1.2.3 Die Sicherheitsrichtlinie	9
1.2.4 Die Leiharbeitsrichtlinie	10

1. Teil

Grundlegende Aspekte der Arbeitskräfteüberlassung

2. Grundlegende Begriffe	13
2.1 Wann liegt Arbeitskräfteüberlassung vor?	13
2.2 Abgrenzung zur Arbeitsvermittlung	15
2.3 Wer ist Arbeitnehmer?	15
2.4 Wer ist arbeitnehmerähnliche Person?	16
2.5 Werkvertrag und Arbeitskräfteüberlassung	19
3. Die auftretenden Rechtsverhältnisse	24
3.1 Das Rechtsverhältnis zwischen Überlasser und überlassener Arbeitskraft	24
3.2 Das Rechtsverhältnis zwischen Überlasser und Beschäftiger	25
3.3 Das Rechtsverhältnis zwischen dem Beschäftiger und der überlassenen Arbeitskraft	27
3.4 Verändert das AÜG das für alle Arbeitnehmer geltende Arbeitsrecht?	28
3.5 Die Anwendung auf arbeitnehmerähnliche Personen	29
3.5.1 Die Rechtsbeziehung zwischen Überlassern und arbeitnehmerähnlichen Personen	29
3.5.2 Freie Dienstnehmer	30
3.5.3 Die Bedeutung eines generellen Vertretungs- oder Ablehnungsrechts	31
4. Spezielle Formen der Arbeitskräfteüberlassung	32
4.1 Die Subüberlassung (Mehrfachüberlassung)	32
4.2 Die Arbeitskräfteüberlassung zwischen Privatpersonen	32
4.3 Das Pay-Roll-System	33
4.4 Die grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung	34
4.4.1 Zulässigkeit	34
4.4.2 Anzuwendendes Recht	35

4.4.3	Zusammenfassendes Ergebnis	38
4.4.4	Das anzuwendende Recht für vor 2017 nach Österreich durchgeführte Entsendungen	38
4.4.5	Das anzuwendene Recht für Entsendungen und Arbeitskräfteüberlassungen nach Österreich ab dem Jahr 2017 ...	41
4.4.5.1	Geltungsbereich des LSD-BG (§ 1)	42
4.4.5.2	Ausnahmen vom Geltungsbereich des LSD-BG ...	43
4.4.5.2.1	Gebietskörperschaften (§ 1 Abs 2 Z 1–3)	43
4.4.5.2.2	Stiftungen, Anstalten oder Fonds (§ 1 Abs 2 Z 4)	44
4.4.5.2.3	Kurzfristige Entsendungen (§ 1 Abs 5) ...	44
4.4.5.3	Materieller Schutz	46
5.	Allgemein zu beachtende Schutzbestimmungen des AÜG	49
5.1	Die Zielsetzungen des Gesetzes	49
5.2	Schutz vor Umgehungen	50
5.3	Zustimmung zur Überlassung	51
5.4	Schutz der Stammarbeitnehmer	52
5.5	Vermeidung arbeitsmarktpolitisch nachteiliger Entwicklungen ...	54
5.6	Wirtschaftliche Betrachtungsweise	55
5.7	Gleichbehandlung und Diskriminierungsverbote	56
6.	Ausnahmen von der Anwendbarkeit des AÜG	57
6.1	Überlassung durch Gebietskörperschaften (§ 1 Abs 2 Z 1)	58
6.2	Überlassung land- und forstwirtschaftlicher Arbeitskräfte (§ 1 Abs 2 Z 2)	61

2. Teil

Das für die privilegierte Arbeitskräfteüberlassung geltende Recht

7.	Die gewerberechtlichen Voraussetzungen der Arbeitskräfteüberlassung	63
7.1	Allgemeines	63
7.2	Sonstige gewerbliche Überlassung	64
8.	Die privilegierten Überlassungen	65
8.1	Vorübergehende Überlassungen (§ 1 Abs 3 Z 1 AÜG, § 135 Abs 2 Z 1 GewO)	65
8.2	Inbetriebnahme, Wartung und Einschulung (§ 1 Abs 3 Z 2 AÜG, § 135 Abs 2 Z 2 GewO)	66
8.3	Zwischenbetriebliche Kooperationen (§ 1 Abs 3 Z 3 AÜG, § 135 Abs 2 Z 3 GewO)	68
8.4	Vorübergehende Überlassungen im Konzern (§ 1 Abs 3 Z 4 AÜG, § 135 Abs 2 Z 4 GewO)	70
8.5	Überlassungen im Rahmen von Ausbildungs-, Eingliederungs- und Umschulungsprogrammen (§ 1 Abs 4 Z 1 AÜG)	72
8.6	Überlassungen im Rahmen der Entwicklungshilfe (§ 4 Abs 2 AÜG, § 135 Abs 2 Z 5 GewO)	73
8.7	Die bloß gelegentliche Überlassung	73

9. Die Anforderungen des AÜG bei privilegierten Arbeitskräfteüberlassungen	75
9.1 Rechtsstellung des Überlassers	75
9.2 Rechtsstellung des Beschäftigers	78
9.3 Rechtsstellung der überlassenen Arbeitskräfte	80
9.3.1 Gegenüber dem Überlasser	80
9.3.2 Gegenüber dem Beschäftiger	83
3. Teil	
Das für die reglementierte Arbeitskräfteüberlassung geltende Recht	
10. Gewerberechtliche Bestimmungen	87
11. Überlassungen im Konzern	88
12. Entgeltansprüche	88
12.1 Grundlagen	88
12.2 Das Grundentgelt	90
12.2.1 Das Grundentgelt nach dem unmittelbar anwendbaren Kollektivvertrag	92
12.2.2 Das Grundentgelt nach Ortsüblichkeit	95
12.2.3 Zusammenfassung	97
12.3 Das Überlassungsentgelt	98
12.4 Betriebspensionen	103
13. Sonstige Ansprüche	104
13.1 Arbeitszeit	104
13.2 Urlaub	108
13.3 Wohlfahrt	108
13.4 Kündigungsfristen	109
14. Zwingende und verbotene Vertragsinhalte	109
14.1 Notwendiger Vertragsinhalt	111
14.2 Verbotene Vereinbarungen	113
14.2.1 Höhe des Grundentgelts	113
14.2.2 Zahlungstermine	113
14.2.3 Arbeitszeit	113
14.2.4 Befristung	115
14.2.5 Wohlfahrtseinrichtungen und Wohlfahrtsmaßnahmen	116
14.2.6 Verfall und Verjährung	116
14.2.7 Behinderungen für die Zeit nach der Überlassung	116
14.2.8 Unbillige finanzielle Belastungen	117
15. Dienstzettel	118
16. Mitteilungspflichten des Überlassers bzw. Beschäftigers	120
16.1 Überlasser	120
16.2 Beschäftiger	122
17. Aufzeichnungs- und Übermittlungspflichten des Überlassers bzw. Beschäftigers	123
18. Haftungsfragen	125
18.1 Allgemeines	125

18.2 Bauwirtschaft	127
19. Ende der Gewerbeberechtigung des Überlassers	128
20. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	129
21. Arbeitsrechtliche Sonderprobleme bei der Arbeitskräfteüberlassung	129
21.1 Beendigung des Arbeitsvertrages	130
21.2 Betriebsverfassungsrecht – Mitbestimmung	133
21.3 Betriebsübergang	141
22. Sozial- und Weiterbildungsfonds (Fonds)	141
22.1 Allgemeines	141
22.2 Die Leistungen	143
22.3 Die Organisation	144

4. Teil Administrativ- und Strafbestimmungen

23. Administrativbestimmungen	147
23.1 Die zuständigen Behörden	147
23.2 Beschränkungen der Arbeitskräfteüberlassung	148
23.3 Grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung	149
23.4 Überwachung	151
23.5 Untersagung der Überlassung	152
24. Strafbestimmungen	153
24.1 Strafbestimmungen nach dem AÜG	153
24.1.1 Der niedrigere Strafrahmen	153
24.1.2 Der höhere Strafrahmen	154
24.2 Strafbestimmungen nach dem LSD-BG	155
24.2.1 Melde- und Bereithaltungsverstöße	155
24.2.2 Nichtbereithalten der Lohnunterlagen	155
24.2.3 Unterentlohnung	155
24.2.4 Meldeverstöße betreffend verantwortliche Beauftragte	156

Annex

Sozialversicherungsrechtliche Probleme der Arbeitskräfteüberlassung	157
--	-----

Anhang

Bundesgesetz vom 23. März 1988, mit dem die Überlassung von Arbeitskräften geregelt wird (Arbeitskräfteüberlassungsgesetz – AÜG)	161
Bundesgesetz, mit dem ein Gesetz zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping erlassen wird (Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz – LSD-BG)	184
Richtlinie 2008/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Leiharbeit (Leiharbeits-RL 2008/104/EG)	227
Sachregister	237